

Gemeinderätin Claudia Schönbacher
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 07. Juli 2021

Betreff: Änderung der Zugangsvoraussetzungen für freiwillige Sozialleistungen
Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Unser erarbeiteter Wohlstand und unser Sozialsystem sind zweifelsohne die Hauptgründe, warum so viele Migranten gerade zu uns kommen und auch bleiben wollen. Sie wollen nur davon profitieren, aber nichts dazu beitragen, weil sie unsere Systeme nicht verstehen oder dies auch nicht wollen. Ein Beispiel über das ich bereits diesen Februar berichtet habe: Mehr als die Hälfte aller vollunterstützten Mindestsicherungs- und jetzt Sozialunterstützungsbezieher sind Asylanten.

In einem in dieser Woche in einer Tageszeitung veröffentlichten Interview mit dem Politologen und Afghanistan-Experten Sarajuddin Rasuly wird dieser zitiert: „Eine Sprache lernen, eine Ausbildung erfahren, europäische Werte kennenlernen, das wäre eine kluge Form der Entwicklungshilfe.“ Herr Rasuly zeigt ebenfalls auf, dass unsere angebotenen Wertekurse ein Witz sind, nur ein paar Stunden dauern und von Migranten gelehrt werden, die nicht gut Deutsch sprechen.

Das wichtigste Bindeglied in einer Gesellschaft ist die gemeinsame Sprache. Genauso wichtig ist, dass wir einander gleich behandeln, Männer und Frauen, egal welchen Glauben jemand hat oder welche Sexualität. Dass bei uns Zwangsverheiratung Minderjähriger noch immer vorkommt, ist eigentlich kaum zu glauben. Obwohl es bei uns strafbar ist, wird die Zwangsehe oft nicht angezeigt. Mädchen kennen den Unterschied zwischen ihrer Kultur und Gewalt überhaupt nicht. Mütter haben Angst, dass ihre Töchter verschleppt, zwangsverheiratet oder sogar ermordet werden. Das ist eine Schande und bestätigt das Scheitern der bisherigen Integrationsstrategie.

Dieses uns fremde Frauenbild führt dann zu Straftaten, wie der bestialischen Vergewaltigung und dem entsetzlichen Mord an der 13-jährigen Leonie. Dass ein mit negativem Bescheid und bereits straffällig gewordener Asylwerber in einer Wiener Gemeindeförderung lebt, zeigt uns wie naiv die Wohnungspolitik der SPÖ in Wien ist. Dank unseres Vizebürgermeisters Mario Eustacchio, der die Richtlinien für die Vergabe von Gemeindeförderungen in Graz geändert hat, haben Asylanten bei uns jedoch keinen Zugang zum städtischen Wohnbau.

Immer mehr Kriminalfälle gegen unser freies Leben und gegen Frauen beweisen die gescheiterte Integrationspolitik von ÖVP, SPÖ und der Grünen. Die Aslan Studie zeigt uns, dass wir für eine überwiegende Anzahl der Flüchtlinge kein Vorbild sind, sondern schwach. Unsere Gesellschaft ist für viele verwerflich.

Damit sich die Situation ändert, müssen wir den sozialen Druck erhöhen und die klaren Vorgaben auch konsequent exekutieren. Wir haben Gesetze, die von jedem einzuhalten sind. Wer sich nicht daran hält, hat auch seine Rechte verwirkt. Wir haben in Graz nicht die Kompetenz die Zuwanderungspolitik zu regeln, aber wir können sehr wohl festlegen, wer Anspruch auf unsere freiwilligen sozialen Geldleistungen hat. Unser Beitrag für ein geordnetes Zusammenleben sollte sein, ein entsprechendes Integrationspaket für Sozialleistungen auf den Weg zu bringen.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz setzt ein klares Zeichen im Sinne einer nachhaltigen und konsequenten Integrationsstrategie und im Sinne einer gerechteren Sozialpolitik. Folgende Punkte werden, wenn sie als Kriterium für die Zuerkennung von freiwilligen Sozialleistungen bereits bestehen, verschärft:

- nachgewiesene Sprachkenntnisse in Deutsch auf dem Niveau B1
- einen mit Zertifikat abgeschlossenen Wertekurs unter städtischer Verantwortung über Dauer und Inhalt
- die Vorlage eines Leumundszeugnisses zu Dokumentationszwecken